

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstraße 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt Lüchow, Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Sozialistischer Bruderkrieg oder Nationalversammlung?

Wir können gegenüber den furchtbaren Geschehnissen dieser Tage den Kopf nicht in den Sand stecken. Die Ereignisse türmen sich förmlich vor uns auf, und niemand kann die volle Tragweite und ihre innen- wie außenpolitische Wirkung klar erkennen. In Berlin wütet im gegenwärtigen Augenblick der sozialistische Bruderkrieg mit Maschinengewehren, Handgranaten und Kanonen. Stündlich häufen sich die Opfer dieser Katastrophe, die über uns gekommen ist wie eine Wetterwolke. Sollen wir die Frage nach dem Schuldigen hier erheben? Sollen wir dem Urheber dieses Bruderkrieges den Prozeß machen?

Nein, wir fürchten, die babylonische Begriffsverwirrung ist bereits so groß, daß eine volle Einigung auch unter uns über diese Schuldfrage schwer zu erzielen ist, und so sagen wir denn: Mitschuldig sind wir alle!

Wie oft ist den Arbeitern an dieser Stelle in diesen fünf schweren Jahren gesagt worden, sie müssen einig bleiben. Als die erste politische Absonderung im Jahre 1915 einsetzte, da wurde auch schon der Keim gelegt zu dem furchtbaren Gewächs, das jetzt so arg ins Kraut geschossen ist: der Uneinigkeit unter den Arbeitern.

Immer wieder ist die Frage von den Gewerkschaften aufgeworfen worden: Geht es nicht, die taktischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei auf dem Wege des Geisteskampfes auszuweichen, wie all die Jahrzehnte? Ist es möglich, den Sozialismus ohne Demokratie durchzuführen? Wir verneinten diese Frage, wie sie ja von allen großen Führern des Sozialismus verneint worden ist.

Aber die unselige Arbeiterzersplitterung wuchs weiter, und bis vor wenig Wochen spöttelten viele Genossen über unsere Einigkeitsbestrebungen. Sie erblickten darin eine saule Kompromisspolitik. Jetzt bekommen wir die Früchte der Arbeiterzersplitterung zu schmecken. Wenn sie munden, der ist nicht zu beneiden.

Mit dem Streik um die Kreditbewilligung setzte die Forderungsarbeit ein. Jetzt, da diese Frage längst durch Ariegeende überholt ist, sind neue Streitfragen, neue Parteigruppen gebildet worden.

Wir haben die Mehrheitssozialisten, die zu Ebert und Scheidemann stehen, und deren Taktik wir für die einzia mögliche halten im gegenwärtigen Augenblick, da uns der Feind von außen noch immer bedroht mit Verletzung und Aushungerung. Die Mehrheitssozialisten wollen Demokratie und Sozialismus, und darum hielten sie die baldige Einberufung der Nationalversammlung für ihre Pflicht. Die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands haben sich in vier Fünftel Mehrheit hinter sie gestellt und den Termin der Nationalwahlen auf den 19. Januar vorverlegt in Erwägung der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation Deutschlands.

Die Unabhängigen waren zwar mit den Mehrheitssozialisten über die meisten Fragen einig, nur über Zeittermine bezüglich der Nationalversammlung, Sozialisierung usw. war man verschiedener Meinung. Der Rest der Differenzen lag auf mehr oder minder persönlicher Ge-

biete. Haase, Dittmann und Rautsky sind die bekanntesten Führer.

Die dritte Gruppe der „revolutionären Oberteute“ ist zwar mehr Berliner Gewächs, aber sein starker Einfluß ist unerkennbar. Sie wollen sich zwar an der Nationalversammlung beteiligen, diese aber um Monate hinauschieben. Sie wollen ferner so fortige Sozialisierung ohne jede Rücksicht auf die Außenlage.

Die vierte Gruppe sind die Spartakusse um Liebknecht, Rosa Luxemburg usw. Sie sind noch wieder in Gruppen zersplittert. Die einen wollen sich eventuell an den Nationalwahlen beteiligen, wenn bereits sozialisiert ist, die anderen sind Gegner jeder Wahlbeteiligung, darunter auch die „Internationalen Kommunisten“.

Spartakus will mittels Terrors und Waffengewalt den Sozialismus gewaltfam einführen, und er beginnt mit der Eroberung des „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ hatte bei Uebernahme durch die Mehrheitsredaktion kaum 60 000 Abonnenten. Seit Monaten hatte er jetzt morgens und abends zusammen weit über eine halbe Million Auflagen! Ist es möglich, daß ein Arbeiterblatt eine solche Ausdehnung gewinnt, wenn es den „Sozialismus verrät“ und wie die Unschuldigungen alle hießt?

Die Spartakusgruppe hat in den letzten Tagen die Gewalt zum ausschlaggebenden Faktor ihrer Politik gemacht, und sie wundert sich und ist empört, wenn nun die mehrheitssozialistische Regierung sich zur Wehr setzt und die „eroberten“ Positionen wieder zurückzugewinnen sucht.

Wir haben in vorstehendem nur Tatsachen dargestellt, und unsere Kollegen mögen nun wählen, welcher politischen Gruppe sie zuneigen.

Erfreulicherweise ist es bislang gelungen, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter einig zu halten.

Ja, unter den Arbeitern selber regt es sich in den letzten Tagen, um endlich auch der politischen Forderung der Arbeiter mit ihren blutigen Kämpfen ein Ende zu bereiten. Ob diese Eröffnung, die von den Schwarzkopfigen Arbeitern ausging, tragfähig ist zu neuen politischen Gruppierungen, müssen die nächsten Tage lehren.

Jedenfalls dürfen wir uns durch die tief bedauerlichen Vorgänge nicht abhalten lassen, am 19. Januar unserer Wahlpflicht zur Nationalversammlung zu genügen. Jeder über 20 Jahre alte Staatsbürger männlichen wie weiblichen Geschlechts muß sich beteiligen und einem Sozialisten seiner Richtung die Stimme geben.

Denn auf die Dauer ist doch nur das Bürger-tum unser politischer Gegner!

Wir zweifeln keinen Augenblick, daß die blutigen Wirren dieser Tage, die eine Schmach für Deutschlands Arbeiter-schaft sind, überwunden werden, und daß die politische Schulu- ngs wieder soweit gelangt, daß wir nicht mehr „mit dem Rücken der Barbaren“ unsere politischen Meinungen aus- kämpfen. Geistige Kämpfe sollen und müssen wir führen, und der dauernde Feind der Arbeiterschaft, die Reaktion, liegt auf der Lauer! Sie schlägt

Kapital aus unseren Bruderkämpfen, sie wird auch am 19. Januar versuchen, aus ihrem Trümmerhaus zu retten, was zu retten ist.

Der Sozialismus hat die erste Probe seines Könnens bereits bestanden durch zahlreiche einschneidende Maßnahmen zugunsten der Entrechteten.

Die zweite, viel schwierigere Probe tritt jetzt an ihn heran: Zusammenfassung aller Kräfte, die für Sozialismus und Demokratie eintreten.

Lassen wir uns durch den Blutmehel dieser Tage den Mut nicht trüben, sondern ein jeder arbeite unbeeinträchtigt an der Ausbreitung unserer sozialistischen Gedankenwelt. Ein jeder wähle die sozialdemokratische Liste am 19. Januar!

Briefe aus dem besetzten Aachen.

Da es uns bisher durch die feindliche Besetzung unmöglich war, eine öffentliche Versammlung für die hiesigen Arbeiter einzuberufen, sehen wir uns veranlaßt, uns von dieser Stelle aus an die hiesigen Arbeiter zu wenden und die Arbeiterorganisationen der hiesigen Arbeiter zu ermahnen, sich zu vereinigen und die Arbeiterorganisationen der hiesigen Arbeiter zu ermahnen, sich zu vereinigen und die Arbeiterorganisationen der hiesigen Arbeiter zu ermahnen, sich zu vereinigen.

Seit Anfang 1915 sind die Schichtlöhne der hiesigen Arbeiter um 20 Pf. gestiegen, hinzu kommt noch die Kriegszulage, für welche 1,05 Mk. für Verheiratete, 2,05 Mk. und für jedes Kind unter 14 Jahren 10 Pf. pro Tag. Ein lediger Hofarbeiter im Gaswerk hat demnach 4,25 Mk. Tagelohn und 1 Mk. Kriegszulage, gleich 5,20 Mk., ein verheirateter Hofarbeiter 6,70 Mk. Wenn die hiesigen Arbeiter jemals von Hungerlöhnen reden konnten, so können sie es jetzt. Des weiteren soll der Christliche Gemeindearbeiterverband den ostthüringischen Arbeitern ersucht haben, schon bei der Stadt erst der Rückmeldung eingeführt wurde, nachdem fast alle Privatbetriebe ihn hatten. Auch hier will man den hiesigen Arbeitern die volle Freiheit nicht lassen und die Rechte der Revolution auf das Konto des „Christlichen Verbandes“ buchen. Arbeitervereine haben wir erzählt, schreibt der Vorsitzende der Ortsgruppe Paderborn auf seinem Petitionszettel, dabei vertritt er, daß in der Gesamtheit schon seit 1906 Arbeitervereine bestanden und unsere Mitglieder immer teilhaftig miteingewirkt haben. Besonders dann, wenn die „Christlichen Vereine“ verstanden. Der Vorsitzende will nun den Austritten aus dem „Christlichen Verband“ keine entgegenstellen, daß er den Mitgliedern ihre Rechte nicht heranziehen. Da er drückt seine Bitte zu sagen, daß sie nicht mehr weiter bekommen sollen. Aber die hiesigen Arbeiter wissen, was sie zu tun haben. Sie werden seinen die Diktatur geben, die mit solchen Mitteln die hiesigen Arbeiter hindern wollen, ihrer inneren Überzeugung zu folgen. Der Tag wird kommen, wo sich jeder Arbeiter seinen Platz in der hiesigen Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, denn nur der freie Verband ist es, der meine wirtschaftlichen und sozialen Interessen mit Nachdruck vertritt!

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Kurz vor Redaktionschluss erfahren wir, daß der Berliner Magistrat unsere Forderungen auf sechs Stunden-Schicht für Schichtarbeiter der Gaswerke sowie einen Lohn von 18 Mark pro Schicht bewilligt hat. Ferner sind folgende Löhne festgesetzt: Für ungelernete Arbeiter 2 Mk. pro Stunde, für Angelernte und Schwerearbeiter 2,25 Mk., für Handwerker 2,50 Mk., für Frauen 1,50 Mk.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. (Straßenreinigung.) Die Direktion scheint es auch fernerhin zu belieben, alle noch so berechtigten Anträge der Arbeiterschaft möglichst und die berichtigte lange Zeit zu scheitern. Die Direktion äußert sich freilich vor nicht zu langer Zeit: „Das können Sie doch keinem Arbeitgeber verdenken, daß er etwa von selbst die Löhne erhöht. Da müssen Sie schon selbst (als wie die Arbeiter) mit Ihren Wünschen kommen.“ Doch wenn dann die Arbeiter durch den Arbeiterausschuß mit ihren Anträgen kommen, dann verzögert die Direktion die beantragte Verhandlung. Vielleicht geschieht dies darum, weil auch zu den Verhandlungen der Organisationsvertreter zugezogen werden sollte. Die Anträge mügen ja der Direktion sehr unangenehm sein; das kann sie aber nicht davon einbüßen, die selben mit dem Arbeiterausschuß zu verhandeln. Die Arbeiterschaft fordert, daß verheiratete Arbeiter usw., auch Kriegsbeldlöhne, nicht entlassen werden, um auf der anderen Seite jugendliche und billigere Arbeitskräfte neu einzustellen. Die Arbeiter verlangen, daß das bisher beliebte Straßensystem (Kahlergerien, parken, Pflanz- und Straßarbeiten) beseitigt werde. Die Personalisten, die geführt wurden, um politische Schmeicheleien und Anfechtungen zu verhindern, sollen beseitigt werden. Dann sollten endlich einmal die „Zuhöreren“ gehalten werden, nicht nur das Geld für die Arbeit einzunehmen, sondern dieselbe auch in der vertraglich festgesetzten Weise zu erledigen. Dann sollte auch über die sehr verbesserungsbedürftigen Löhne verhandelt werden. Dieselben müssen nun doch einmal so gestaltet werden, daß nicht alle Vierteljahre eine einmalige Zulage gewährt werden muß. Der Magistrat hat ja schon einmal die Verwaltung der Straßenreinigung anhalten müssen, eingereichte Anträge mit dem Arbeiterausschuß und der Organisationsleitung zu verhandeln. Vielleicht es auch in Zukunft immer wieder erst der Beschwerde, daß die Rechte der Arbeiter respektiert werden?

Berlin. In der Trodengemüseanstalt scheint man die Revolution auch verschlafen zu haben. Den Arbeiterinnen zufließen Rechte, wie die Zahlung von Krankengeldzuschuß usw., glaubt man nicht anerkennen und durchführen zu brauchen. Einen Arbeiterausschuß einzurichten, ist nach Ansicht der Verwaltung auch überflüssig. Neben die Arbeiterinnen dann durch die Organisationsleitung ein, schreibt man dieselben auf die lange Bank. Auf Anordnung des hiesigen Güterdirektors erfolgte am 7. Dezember der vorgedruckte lakonische Bescheid: „Da die Erledigung in Folge von notwendigen Erhebungen längerer Zeit erforderlich wird, werden wir Ihnen einen sachlichen Bescheid, ohne daß es einer Erinnerung Ihrerseits bedarf, erst später zugehen lassen.“ Es eine mündliche Berberklärung mit der Organisation notwendig ist, dazu bedarf es natürlich keiner „Erhebung“. Des lehten man gleich ab. Bewußt werden, und monatlicher Erhebungen bedarf es aber, um einen sachlichen Bescheid zu erhalten? Die Arbeiterinnen sind der Anschauung, daß vier Wochen Frist reichlich bemessen ist. Bedarf es denn, sehr verzögerte Verwaltung, in der Frage der Zahlung des Krankengeldzuschusses z. B. überhaupt einer Erhebung? Sollten die Arbeiterinnen sich selbst erinnern, daß ihnen noch immer kein sachlicher Bescheid zuteil geworden ist? Es dürfte wohl am leichtesten sein, sich weniger an das vorgedruckte, so bequeme Schema zu halten, als bemüht zu werden, daß in der neuen Zeit auch Arbeiterinnen etwas umgehender zu erledigen sind.

Berlin. Auf eine Anfrage unseres Verbandes um Lohn-erhöhung für die Gemeindearbeiter erhielten am 10. Oktober folgende Bescheid: Arbeiter 5 Pf., Arbeiterinnen 10 Pf. und Hofarbeiter ebenfalls 10 Pf. pro Stunde mehr. Eine weitere Erhöhung des Verbandes vom 12. Dezember 1918 forderte die Gemeindeverwaltung einer einzigen Teuerungszulage an die Gemeindearbeiter nach den neuesten Sätzen. Der Gemeinderat beschloß hierauf, den Arbeitern und Arbeiterinnen, die länger als ein Vierteljahr bei der Gemeinde beschäftigt sind, eine einmalige Teuerungszulage zu gewähren, bezüglich der Höhe derselben das Geschick aber an den Finanzrat überlassen zu verweisen.

Manheim. In der Mitgliederversammlung vom 20. Dezember referierte Kasseler Redner über: „Die hiesigen Arbeiter und die neue Zeit“. Redner erläuterte u. a. auch die Frage der Teuerungszulage. Sie müssen so gestaltet werden, daß auch die Rechte der hiesigen Arbeiter zur Geltung kommen. Die Teuerungszulage, die als Kriegszulage gedacht ist, soll nach dem Friedensabschluss wieder abgebaut werden. Da soll sich aber die Stadtver-

waltung an jene halten, die sich in dem Kriege ein Vermögen erworben haben. Unter den städtischen Arbeitern sind solche wohl nicht zu finden. Kollege Schmitz erläuterte dann das Wahlsystem. Alsdann gab Kollege Stark den Vorstandsbericht. Die Mitgliederzahl ist von 1100 auf 1410 gestiegen. Der Kassenbestand unserer Filiale vermehrte sich von 2.000 Mk. auf 5000 Mk. Durch diese Zunahme ist es möglich gewesen, recht günstige Erfolge für die städtischen Arbeiter in Mannheim zu erzielen. Es ist aber nötig, daß ein jeder städtische Arbeiter sich der Pflicht bewußt ist, den Verband durch tätige Beiträge zu unterstützen. Unter Verschiedenes wünscht Kollege Köstler Auskunft, wie es sich mit dem freien Samstag-Mannschaft verhalte. Kollege Stark erwiderte hierauf, daß die Vorstands-Chefs gegen Ende des Jahres über die Resultate des Achtstundentages berichten sollen. Was die Arbeitszeit der Beamten betrifft, so steht fest, daß sie nur 6 1/2 Stunden arbeiten und trotzdem am Samstag-Nachmittag um 1 Uhr frei haben. Es darf daher kein Mittel unversucht bleiben, den freien Samstag-Nachmittag auch für die Arbeiter zu erhalten. Wenn Festtage des Arbeiterschiffes an den Vorabenden hoher Festtage son direkt bei dem Stadte t angefeiert werden.

Rosenfeld. Am 26. Dezember tagte im Gasthaus zum Sterngarten unsere Jahresgeneralversammlung, die sich eines guten Besuchs erheute. An Stelle des Vorsitzers hielt Kollege Geistlich einen Vortrag über die Tätigkeit des Verbandes im abgelaufenen Jahre. Die Mitgliederzahl stieg auf 107 und bietet in dieser ersten und bewegten Zeit Aussicht auf weitere Erhöhung. Da gesellerten und sonst gehörigen Kollegen wurden durch Erheben von den Eiden geehrt. Alsdann behandelte Kollege Geistlich die Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 5 Pf., was einstimmig beschlossen wurde. Hinsichtlich der Anerkennung der Exekution von der ersten Betriebsleitung wurde eine Resolution angenommen, die die volle Anerkennung der Organisation und die Festigung der Organisationsvertreter zu den Postungen bei Arbeitsfragen verlangt. Unter Neuwahl wurden nachfolgende Kollegen in den Ausschuss gewählt: Vorsitzende Weber und Schmidt, Kassierer Schallinger und Vidl, Schriftführer Fischhaber und Thurner, Beisitzer Hartl und Zettlbauer, und Revisoren Gredl und Ledner.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Jahresrückblick der Generalkommission. Das „Correspondenzblatt“ veröffentlicht den üblichen Rückblick. Darin heißt es u. a.: Sieben den legalen Begleiterscheinungen zeigten sich politische Expirationstendenzen, die eine Feststufelung der Reichseinheit, eine Auflösung in zahlreiche Sonderrepubliken zum Nachteil des Ganzen schließlich ließen. In Berlin, dem Sitz der Reichsregierung, gewann die spartakistische Anarchie in solchem Maße an Raum, daß sogar mit der Verzögerung des Friedensschlusses und dem Einmarsch feindlicher Truppen zu rechnen war. In dieser Situation erhob sich immer stürmischer der Ruf nach der Nationalversammlung und nach einer verfassungsmäßigen Regierung als Trägerin eines belgischen Friedensschlusses. Die sozialistisch-unabhängige Paritätisregierung hatte die Wahlen auf den 16. Februar angesetzt. Eine Verhinderung dieses Termins wurde zu einer Lebensfrage der ganzen Nation. Die Unabhängige Partei widersetzte, von dem Empfinden befehle, daß die Nationalwahlen für sie nachteilig ausfallen würden. In der Tat zeigten Wahlen in den wichtigsten Teilen des Reiches, wie gering der Einfluß der Unabhängigen war. Man lieblich daher die Entscheidung einem zentralen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der am 16. Dezember in Berlin stattfand. Der Kongress bot ein wenig erfreuliches Bild, sowohl in seiner Vertretung als auch in seinem Verlauf. Gegen mehr als 200 Vertreter waren Wahlproteste eingeleitet, über die der Kongress zu entscheiden hatte, und alle seine Entscheidungen wurden erdwelt durch wüste Vorkämpfer der zahlreichen Spartakisten-Deputationen, begleitet von Strafverurteilungen vor dem Kongressprotokoll. Trotz all dieser Schwierigkeiten behielt der Kongress mit erdrückender Mehrheit eine Verlegung des Termins der Wahlen zur Nationalversammlung auf den 19. Januar und erließ die Berliner Volksversammlung für die Geschäfte der Regierung im Reich und in Preußen durch einen Zentralausschuß, der lediglich aus Angehörigen der sozialdemokratischen Mehrheitspartei bestand. Nach diesem Vorgang konnte das Verbleiben der Unabhängigen im Akt der Volksbeauftragten nur noch eine Frage der Zeit sein. Die Exekutive darf sich rühmen, diese Entscheidung beschleunigt zu haben.

Diese ultraradikale Strömung, von Piebstedt und Rosa Luxemburg geleitet, war vom ersten Tage der Revolution befehle, jede ordnungsmäßige Regierung und jedes legale Wahlen zu verhindern. Ihr Ziel war, die Revolution unumschränkt über sich selbst bis auszubreiten, bis die Mehrheit der Bevölkerung jedes Vertrauen zu allen weiter rechts stehenden Parteien verlor und ihr Heil einzig von ihnen erwartete. Da die Nationalversammlung eine geordnete Staatsgewalt schaffen soll und wird, vertreten sie

das Prinzip des Antiparlamentarismus. Aber nicht den Antiparlamentarismus der Radikalen, die immer noch vorgaben, die Gewerkschaftsorganisationen als Mittel der Befreiung der Arbeiterklasse zu machen, sondern den Antiparlamentarismus der Nicht-als-Paradisten. Kautsky attestierte ihnen, daß sie, von den Gewerkschaften ebenso enttäuscht wie vom Parlamentarismus, ihre Hoffnungen auf das zukünftige System der Arbeiter- und Soldatenräte setzen. Auch hier wurden sie in ihren Erwartungen betrogen, und so bleibt ihnen nichts anderes übrig als die „Strafe“. Unsere Hauptaktion beruht auf der Strafe. — die Strafe muß zum vollen Triumph kommen“, rief Rosa Luxemburg auf der Reichsversammlung der Spartakisten am 10. Dezember. Aber selbst die Strafe verlagert ihnen den ersehnten Triumph, denn ihre Messemotivation vom 20. Dezember in Berlin verstand völlig gegenüber den vielen Hunderttausenden, die für die Wirtschaftskrisen und für die Demotretie am selben Tage auf die Strafe zogen. Die Strafe der Spartakisten wäre vom Volke, das hinter der Regierung der Ordnung steht, kläglich erdrückt worden.

Leider hat aber die Spartakusagitation in Berlin zu abendholten militärischen Zusammenstößen geführt, deren letzter am 23. und 24. Dezember den Charakter einer Straßer Schlacht annahm. Ein Teil der in Berlin anwesenden Marinemannschaften verhaftete den Stadtkommandanten Bels und bedrohte sein Leben. Es kam infolgedessen zu einer Beschließung des als Matrosenlotterie dienenden Werkstattgebäudes, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab. Die drei unabhängigen Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten benutzten den Vorfall, um aus dem letzteren auszudeilen, worauf der Zentralrat an ihre Stelle Vertreter der Mehrheitspartei hinzuwählte. Der neuen Regierung verbleibt nunmehr die schwierige Aufgabe, im Reiche und vor allem in der Reichshauptstadt Ordnung zu schaffen, für die Vorbereitung der Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung zu sorgen und das Wirtschaftsleben sowie die Volksernährung im Gange zu halten, bis sie durch eine wahrhaft demokratische Regierung abgelöst wird.

Die deutschen Gewerkschaften wurden durch den Verlauf der Revolution etwas in den Hintergrund gedrängt. Das mag für die Revolution im höchsten Grade nachteilig gewesen sein, insofern diese der organisatorisch gekulten Kräfte beraubt wurde. Für die Gewerkschaften selbst war es kein Nachteil, denn sie ließen dadurch von dem leidenschaftlichen Zerkerungsstreit verschont, der in allen politischen Lagern entbrannt ist, und konnten sich um so mehr ihren wirtschaftlichen Aufgaben widmen, die allerdings durch eine unverantwortliche Streikwut sehr erschwert wurden. In einer Zeit, wo durch geordnetes Vorgehen alles zu erreichen war, wurden Streiks inszeniert mit Forderungen, die die Weiterführung der Betriebe geradezu in Frage stellen mußten, und ihre Durchführung hat das Wirtschaftsleben enorm erschüttert, in einer Situation, wo alles auf die geregelte Aufrechterhaltung des Wirtschaftens ankam. Die Gewerkschaften würden ein solches Wirtschaftensnotum, wie es das selbständige Vorgehen der Betriebsbelegten darstellt, verdienen, wenn sie ihre Zeit nicht befristen, sondern der großen Ungestaltung gegenüber untätig zusehen hätten. Wie wenig sie dieser Vorwurf treffen kann, beweist der große Zentralvertrag, den die Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden abschließen ließen. Dieser Vertrag sichert die Durchführung der Arbeitergewerkschaft, die eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk ist, durch eine Zentralarbeitsgemeinschaft aller Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände auf völlig paritätischer Grundlage, mit Arbeiter- und Arbeitgeber- und er beruht auf einer Ordnung der Arbeitsverhältnisse, die die höchsten Erwartungen der organisierten Arbeiterschaft erfüllt. Anerkennung des Koalitionsrechts und der Gewerkschaften, Befestigung der alten Organisationen, Einführung von Tarifverträgen in allen Verufen, Einleitung von Arbeiterausschüssen und Sachverständigeninstanzen, paritätische Regelung des Arbeitsnachweises, Einführung des Achtstundentages, Anerkennung des Reiches auf Arbeit für alle Kriegsteilnehmer, — alle diese Forderungen, für die seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten gekämpft wurde, sind schon vor der Revolution auf der ganzen Linie durchgeföhrt und verteenflich festgelegt worden. Unzählige Arbeiter- und Arbeiterverbände, die nach dem Kriege befehle werden mußten, sind durch dieses Vorkommen alt herweggeräumt und der Arbeiterklasse eine Periode ruhiger Erholung nach den erschütternden Kriegsjahren gesichert. Und wenn auch die revolutionäre Befehlung war, von dieser Periode abgesehen durch Diktat erzwungen hat, so darf doch die wirtschaftliche Durchführung solcher Befehle durch die Gewerkschaften nicht unterläßt werden. Die Gewerkschaften haben der Revolution wehr bereitgestellt, und sie haben deren wirtschaftliche Ergebnisse sichergestellt, ohne das gesamte Wirtschaftsleben zu erschüttern.

Die letzten Ereignisse des letzten Jahres sind in einem verhältnismäßig freien Zeitraum hineingewirkt worden. Noch bevor Winter sind ihre Wirkungen, die uns bevorstehen. Drei Dinge sind es, die das deutsche Volk am dringlichsten gebraucht: Frieden, Freiheit und Brot. Der Weg zu allen dreien führt über eine geordnete Staatsgewalt, die uns die bevorstehende Nationalversammlung

bringen soll. Sie verbürgt uns einen baldigen Friedensschluss, der uns so glücklich mit uns anstellt, je rascher wir der Zerrüttung im eigenen Lande werden. Sie rückt uns die soziale Demokratie, die die Rechte der Vertriebenen des Militarismus, des Interims und der Furcht, aber auch die Herrschaft der „Straße“, der Anarchie unendlich macht und dem Kapitalismus Schranken setzt, herbei dies mit dem Wirtschaftlichen erträglich ist. Und sie gewährt uns den Widerstand unserer Volkswirtschaft, die der Bevölkerung Arbeit und Brot gibt. Möge das kommende Jahr diese Wünsche recht bald erfüllen, zum Teil unseres armen, schwergeprüften Volkes, vor allem zum Segen der Arbeiterklasse!

◆ Rundschau. ◆

Es ist nicht das gleiche, ob ein Esel die buntblumige Wiese am Wege erkeht oder ob sie der Mensch betrachtet, und selbst unter Menschen sieht der eine etwas anderes als der zweite. Der Holzhändler betrachtet den Wald vor sich zunächst als Spekulant; er errechnet den Wert und sieht die einzelnen Räume schon verborgen auf dem Wege nach Nord und Süd, während der naturliebende Arbeitermann das herrliche Laub bewundert und horchend dem lockenden Vogelruf nachgeht.

Es ist es auch mit dem Verhältnis, das der einzelne heute zu der neuen staatlichen Gestaltung einnimmt. Da sind auch so manche Spekulant, die da glauben, die neue Zeit wäre nur für sie da, die die neue Zeit nur benutzen, weil sie ihnen persönlich materiellen Vorteil zu bringen scheint, und die nichts wissen von jenen höheren Geistes der Weltverdingung, wie ihn jener naturliebende Arbeitermann da draußen empfunden hat.

Es sind noch die, die unserem Kampfe bisher ferngeblieben haben, denn wir haben, wie die Naturwelt, so auch die Arbeitsweltentwicklung stets angelehen nicht nur vom berechtigten Standpunkte wirtschaftlicher Selbstbehauptung, sondern auch vom Standpunkte der sittlichen Gemeinschaftspflicht, und wenn wir erstreben für die Interessen unseres Berufes, so geschah es im Sinne des differenzierten Kampfes der einen Gewerkschaftsgruppe, d. h. des Einzelkampfes jeder Berufsgruppe mit dem Endziele des gemeinsamen Arbeitsglücks.

Das zeigt uns, daß wir all die Kollegen um uns nicht deshalb ohne unser Interesse lassen sollen, weil sie mit dem Verzejn in dieser neuen Zeit bereits für uns sind, sondern wir müssen sie in unsere freigewerkschaftliche Organisation hineinführen als in eine Schule disziplinierten Fühlens und sittlichen Gemeinschaftsempfindens, um sie so innerlich reif zu machen für das echte, rechte Erleben des tieferen Gehalts unseres organisatorischen Gemeinschaftsziele.

Die preussische Regierung, einschließlich der Unabhängigen, hat folgenden Erlass herausgegeben: Waren angesichts der langen Dauer des Krieges und der damit notwendig verbundenen Verteuerung aller Lebensverhältnisse die Löhne der Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr nicht ohne Grund erheblich gestiegen, so haben sie in neuerer Zeit auf Tränen der Arbeiter vielerorts eine Höhe erreicht, deren weitere Steigerung nicht mehr mit der heischenden Verwertung oerredfertig werden kann. Zu solchen Löhnen kann nutzbringende Arbeit nicht mehr geleistet werden, vielmehr muß das gesamte Wirtschaftsleben zum Erliegen kommen. Dadurch aber würde die Not des schwergeprüften Vaterlandes ins Grenzerlose wachsen und ein Elend entstehen, unter dem die Arbeiterschaft selbst am meisten leiden würde. Die preussische Regierung des Entsches der Lage sich voll bewußt, hat sich daher verpflichtet gesehen, folgende Verordnung zu erlassen: Die Lohnbestimmung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung eronnen, die die schweren Bedürfnisse erwachen und welche Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die Löhnerwerter, aber unermessliche Folgen davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den allern wirtschaftlichen Forderungen wie die privaten. Bei der Verdien- und Eisenbahn noch alle übrigen Staatsbetriebe können e höhere Zeit erreichen, daß ihre Ausgaben zu umschmeibereichen. Diese Gebote ist aber bereits in beträchtlichem Maße einzuweisen. Es wird deshalb zur gelindesten Pflicht der Gewerkschaften, dem Anordnen der Lohnbestimmung über das Maß des zulässigen hinaus mit Absicht entgegenzutreten. Die Herren Gewerkschaften werden daher ersucht, an die herangezogene Lohnbestimmung zwar in voller Forderung der Interessen der Arbeiterschaft, aber nicht in der Weise, die durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Schaden

anferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und die damit die gesamte Finanzgarantie des Staates gefährden. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuweisen. Hirsch, Ströbel, Braun, Ernst, Wolf, Hoffmann, Rosenfeld.

Die Gesellschaft für Soziale Reform gedenkt ihre Kollegen und Freunde zu einer Generalversammlung nach Berlin (Rheingold) am 29. und 30. Januar, in der Zeit zwischen dem Abschluß der Wahlen und dem Zutritt der Nationalversammlung, einzuladen. Die Tagesordnung wird u. a. umfassen: Vortrag des statistischen Dr. Fischer über „Die Zukunft der Gesellschaft für Soziale Reform“, Bericht über die Arbeiten des Untersuchungsausschusses für Arbeitsrecht zur Reform des Koalitionsrechts, erstattet von Dr. Ludwig Herbe, Stellvertreter des Generalsekretärs der Gesellschaft, Vorträge von Dr. Hugo Weinmann und Gewerkschaftssekretär Josef Feder über die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages. Aussprache. — Es handelt sich sonach um eine Tagung praktischer Arbeit; sie soll einerseits zur neuen Lage, auf die sich die Gesellschaft einzurichten hat, Stellung nehmen und in Verbindung mit der vorliegenden Hauptausführung dringliche weitere Fragestellungen der Gesellschaft erledigen, andererseits aber diejenigen schwierigen Arbeitsgebiete tunlichst abschließend behandeln, auf denen die Gesellschaft in den letzten Jahren vornehmlich tätig gewesen ist. Da die Koalitionsregelung der neuen Regierung noch in denjenigen Anfängen steht, in denen mit dem bloßen Hinverräumen von Hindernissen eine erste Voraussetzung späteren Aufbaus geschaffen wird, ist es unvermindert wichtig, gerade jetzt die Forderungen erneut geltend zu machen, die für die positive Neuordnung der Koalitionsregeln zu erheben sind. Nicht minder aktuell sind die Tarifrechtsfragen; auch hier steht, trotz der Verordnung vom 23. Dezember, eine umfassende Gestaltung der die Regierung beschäftigenden Aufgabe erst noch bevor, und es erwidert gerade den nächstbestehenden Wünschen erwünscht, daß die Gesellschaft für Soziale Reform hierzu Stellung nimmt.

Der Wahlkampf ruft...

Nun ergreife Kühn die Fägel deiner Zukunft, mach'berühmte
 Früchte deiner Freiheit Siegel auf die Sturmbeugte Zeit!
 Aus des Krieges blut'nen Schächten steigt du, deutsches Volk, zum
 Licht:
 Auf zur Wahl! Volk, du sollst rechten! Volk, drum haite streng
 Gericht!

Laß dir deine Macht nicht wanken, die du fähnen Griffs errannst!
 Du mußt an dich selber glauben, weil du Macht und Not bezwangst!
 Du mußt unbeirrbar bauen an dem Werte, das dich besetzt!
 Du mußt deiner Kraft vertrauen: deinen Schreien, ungezählt!

Eine Wahl, wie deutsche Lande sie noch nie geschaut, hebt an!
 Wahlkampf jüngle! Wahlkampf braude sturmgepeitscht um Wahl
 und Mann!

Rüttle alle wach, die immer träumend noch durchs Leben zlehm!
 Gleibe deinen Flammenschimmer in des Alltags Sog' und Müh'n!
 Keiner fehle! Keiner halte sich zu fern und zu gering!
 Einig bleibe, daß Zwietracht spalte nicht der Macht geschloss'nen
 Ring!

Arbeitschwestern, Arbeitsbrüder, jeder tue seine Pflicht
 Unermüdet immer wieder: nur so haltet ihr Gericht!

Und so wird unentrißen bleiben euch, was ihr erangt,
 Was aus dunklen Finsternissen ihr ans Licht des Lebens zwangt,
 Was durch Krieg und Nord und Rote sich nicht fesseln ließ voll Hohn:
 Neuer Zeiten Morgenröte kam — die Revolution! —

Ihre Forderung zu erfüllen, mahnt das schimmernde Signal!
 Volk, besetzt von einem Willen, rüfte nun den Kampf der Wahl!
 Die Feuen, alle Müden soll der Felten Sturm umweh'n:
 Deutschlands Freiheit, Deutschlands Frieden darf nicht auf dem
 Spiele sein!

Geld gerührt! Stund' um Stunde will nun em'ge Arbeit schau'n!
 Nur das Starke und Gesu de kann das Wert der Zukunft bau'n!
 Stark, gesund und frautroll wandeln wir ans Licht aus Nacht und
 Quoll!

Volk der Arbeit, du sollst handeln: auf zum Kampf! Volk, auf zur
 Wahl!
 I. I.

◆ Briefkasten. ◆

Zur gestl. Beachtung! Die politischen Zustände in
 Berlin ermöglichen uns auch diesmal noch nicht, die „Gewerk-
 schaft“ in überrigen Umfa ge erscheinen zu lassen, da die „Vor-
 worte“ Tünderi noch von der Sparassien befehle ist. Die
 bitten, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Die Redaktion.